

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2014

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE und Väestöliitto diskutieren über familienbewusste Arbeitsbedingungen	2
COFACE erhält Sonderberaterstatus bei den Vereinten Nationen	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
EU-Kommissionspräsident Juncker stellt Vorschlag für neue Kommission vor	2
EU-China-Dialog zu Bildung, Kultur und Frauenrechten	2
EU-Kommission legt Bestandsaufnahme zur Schulverpflegung vor	3
EU will Schulobstprogramm ausweiten	3
Jugendgarantie: Neuigkeiten aus EU-Kommission und EU-Parlament	3
Bündnis „Stop-TTIP“ erhält keinen Status als Europäische Bürgerinitiative	3
EU-Parlament diskutiert über CETA und TTIP	4
Nachrichten aus dem Europäischen Gerichtshof	4
EuGH-Urteil zu Studentenvisum für Drittstaatsangehörige	4
EuGH-Urteil zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit	4
Weitere Nachrichten	5
Kinderarmut: Neue Strategien in Belgien und Großbritannien	5
Verbände und Gewerkschaften fordern menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte	5
Spanien: Verschärfung des Abtreibungsgesetzes gekippt	5
Interfraktionelle Gruppe für Kinderrechte im Europäischen Parlament gebildet	5
Mehr Frauen in Aufsichtsgremien vertreten	5
EU-Kommission veröffentlicht Handbuch gegen Missbrauch des Freizügigkeitsrechts	6
Gegenseitige Anerkennung von Kompetenzen in der Pflege	6
October Children's Month: Der Kinderkulturmonat 2014 beginnt	6
EU-Ausschreibung für Rahmenpartnerschaften	6
Berichte und Studien	6
Bericht über die Gesundheit der Roma-Bevölkerung in der EU	6
OECD-Bildungsbericht in Brüssel vorgestellt	7
Studie zur neuen Gleichstellungsstrategie post 2015 der EU	7
Bericht: „Die Wirtschaftsmigration auf die Arbeitsmarktbedürfnisse abstimmen“	7
Evaluierung des Europäischen Jahres 2012 für aktives Altern	7
EAPN hat Handbuch zu Armut und Ungleichheit aktualisiert	7
Erschreckendes Ausmaß an Gewalt gegen Kinder und Jugendliche	8
UNICEF-Report: Besser Überlebenschancen für Kinder	8
Diskriminierung von Frauen in der Filmindustrie	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE und Västoliitto diskutieren über familienbewusste Arbeitsbedingungen

COFACE hat in Zusammenarbeit mit dem finnischen Familienverband Västoliitto am 08. und 09. September in Helsinki das „European Employers' Forum for Work Life Balance“ veranstaltet. Das Forum bot Gelegenheit, den Austausch für familienbewusste Maßnahmen am Arbeitsplatz zwischen Arbeitgeber/innen, Expert/innen, Sozialpartnern und der Wissenschaft zu vertiefen. Einigkeit bestand unter anderem darüber, dass sich flexible Arbeitszeiten besonders positiv auswirken – für Beschäftigte und Unternehmen. Diese Flexibilität sollte allerdings sowohl Beschäftigten mit Kindern oder Pflegeaufgaben, als auch allen anderen Beschäftigten ermöglicht werden – unabhängig von Familienstand oder Geschlecht.

- [Bericht und Videos zum Employers' Forum for Work Life Balance](#) 

COFACE erhält Sonderberaterstatus bei den Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen haben der COFACE den Status als Sonderberater verliehen. Dieser Status ermöglicht der COFACE einen direkteren Zugang zu den UN-Organen und eine aktive Zusammenarbeit mit ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen). Als Sonderberater setzt COFACE verstärkt die Themen Behinderung, Zivilgesellschaft, Beschäftigung, Armut, soziale Integration und Familie auf die Agenda.



- [COFACE-Newsletter September 2014](#) 

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU-Kommissionspräsident Juncker stellt Vorschlag für neue Kommission vor

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am 10. September seinen Vorschlag für das Team und die neue Struktur der nächsten EU-Kommission vorgestellt. Der Frauenanteil in der Kommission erreicht knapp die Mindestforderung des EU-Parlaments (siehe [Europa News Juli 2014](#)) und liegt deutlich unter den von Juncker angestrebten 40 Prozent: Die neue Kommission soll neun Kommissarinnen und 19 Kommissare umfassen; drei der sieben vorgeschlagenen Vizepräsident/innen sind Frauen. Neue Kommissarin für Beschäftigung und Soziales soll die belgische Christdemokratin Marianne Thyssen werden. Die Tschechin Vera Jourová ist für die Bereiche Justiz, Verbraucher/innen und Gleichstellung der Geschlechter vorgesehen. Erstmals erscheint damit die EU-Gleichstellungspolitik auch im Titel einer Kommission. Für das Ressort Bildung, Kultur, Jugend und Bürgerschaft ist der Ungar Tibor Navracsics benannt.

Das Europäische Parlament muss dem gesamten Kollegium seine Zustimmung erteilen. Vom 29. September bis zum 07. Oktober finden die Anhörungen der designierten Kommissare in den zuständigen Parlamentsausschüssen statt.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)
- [Das Kollegium der neuen EU-Kommission](#) 
- [Politische Richtlinien für die nächste EU-Kommission](#)  

EU-China-Dialog zu Bildung, Kultur und Frauenrechten

Die EU-Kommission möchte zu den Themen Bildung, Kultur, Jugendpolitik, Gleichstellung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen enger mit China zusammenarbeiten. Die Themen gehören zu den neuen Prioritäten

des vor zwei Jahren eingeführten „hochrangigen EU-China-Dialogs zwischen den Völkern“, der Vertrauen und Verständnis zwischen den Menschen der beiden Regionen aufbauen soll. Bildungskommissarin Androulla Vassiliou traf sich im Rahmen des Dialogs am 05. September 2014 in Peking mit der chinesischen Vizepremierministerin Liu Yandong.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zum aktuellen EU-China-Dialog](#)

EU-Kommission legt Bestandsaufnahme zur Schulverpflegung vor

Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission hat im September eine Bestandsaufnahme über das nationale Vorgehen im Bereich der Schulverpflegung in den 28 Mitgliedstaaten sowie Norwegen und der Schweiz vorgestellt. Die EU-Mitgliedstaaten hatten sich im Februar 2014 auf einen EU-Aktionsplan zur Bekämpfung von Übergewicht bei Kindern geeinigt und die Forschungsstelle mit der Untersuchung beauftragt.

- [Zusammenfassung der Ergebnisse mit Link zum Bericht](#) 

EU will Schulobstprogramm ausweiten

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich in einer Sitzung des Sonderausschusses für Landwirtschaft (SAL) am 15. September 2014 darauf geeinigt, das Schulobst-Programm auszuweiten. Der Ausschuss diskutiert noch über die Frage, wie die finanziellen Mittel verteilt werden sollen.

Jugendgarantie: Neuigkeiten aus EU-Kommission und EU-Parlament

Die Europäische Kommission hat sich am 09. September mit den Koordinator/innen von 18 Pilotprojekten über ihre Erfahrungen mit der Umsetzung der Jugendgarantie beraten. Die Projekte wurden zwischen August und Dezember 2013 in Irland, Italien, Litauen, Polen, Rumänien, Spanien und dem Vereinigten Königreich durchgeführt. Ziel der Projekte ist es, die Mitgliedstaaten mit praktischen Erfahrungen bei ihren jeweiligen nationalen Jugendgarantie-Programmen zu unterstützen.

Am 17. September diskutierten die EU-Abgeordneten mit Vertreter/innen des Ministerrats und der Kommission über die Jugendgarantie und die Beschäftigungsinitiative. Die dazu von der EU-Kommission zur Verfügung gestellten Zahlen zeigen, dass sich die Lage noch nicht geändert hat. Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU stagniert bei rund 23 Prozent. Die Umsetzung der Jugendgarantie sei jedoch im Zeitplan und zeige bereits erste Ergebnisse. Ein am 23. September 2014 von der EU-Kommission gestartetes Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen soll die Umsetzung der Jugendgarantie beschleunigen.

- [Pressemeldung zu den Pilotprojekten](#)
- [Informationen der EU-Kommission zur Umsetzung der Jugendgarantie](#)
- [Pressemitteilung des EU-Parlaments zur Jugendgarantie](#)
- [Informationen der EU-Kommission zum Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen](#)

Bündnis „Stop-TTIP“ erhält keinen Status als Europäische Bürgerinitiative

Das Bündnis zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen „Stop TTIP“ erhält nicht den Status einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI). Als EBI hätte das Bündnis die Kommission aufgefordert, dem EU-Ministerrat zu empfehlen, das Verhandlungsmandat für das TTIP-Freihandelsabkommen zurückzunehmen und das Handelsabkommen CETA mit Kanada nicht abzuschließen. Die Generalsekretärin der EU-

Kommission, Catherine Day hat den Antrag des Bündnisses am 10. September 2014 aus vornehmlich formalrechtlichen Gründen abgewiesen.

- [Antwort der Kommission mit der Begründung der Ablehnung](#)
- [Internetpräsenz de des Bündnisses „Stop TTIP“](#)

EU-Parlament diskutiert über CETA und TTIP

Das EU-Parlament hat am 16. September 2014 mit Handelskommissar De Gucht über das transatlantische Handelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP) sowie über das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) diskutiert. Im Fokus der Kritik zahlreicher Abgeordneter standen die umstrittenen investitionsschutzrechtlichen Investor-Staat-Schiedsklauseln. Diese Klauseln räumen Unternehmen ein Klagerecht gegen Staaten ein. Auf dieser Grundlage können Unternehmen staatliche Maßnahmen und Gesetze vor internationalen Schiedsgerichten mit dem Argument angreifen, sie verletzen den im Abkommen vereinbarten Schutz ihrer Auslandsinvestition.

Die Europäische Vereinigung der Dienstleister für Menschen mit Behinderungen (EASPD) warnt vor Qualitätsverlusten der sozialen Dienstleistungen durch TTIP und fordert das Europäische Parlament sowie die nationalen Parlamente dazu auf, das Abkommen abzulehnen.

- [Pressemitteilung der EASPD](#) 

Nachrichten aus dem Europäischen Gerichtshof

EuGH-Urteil zu Studentervisum für Drittstaatsangehörige

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind verpflichtet, Drittstaatsangehörige zu Studienzwecken in ihr Hoheitsgebiet zuzulassen, sofern diese die vorgesehenen Zulassungsbedingungen erfüllen – so hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Urteil vom 10. September 2014 entschieden. Hintergrund war die Klage eines tunesischen Studenten: Die Universität Dortmund hatte ihn zum Mathematikstudium zugelassen, die deutschen Behörden lehnten jedoch die Erteilung eines Studentervisums ab, da sie Zweifel an seiner Motivation und Eignung für ein Studium in Deutschland hegten.

- [Pressemitteilung des EuGH zur Urteilsbegründung](#) 

EuGH-Urteil zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einem finnischen Vorabentscheidungsersuchen zur Auslegung der Richtlinie zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit am 03. September 2014 entschieden. Demnach ist es nicht rechtskonform, wenn die unterschiedliche Lebenserwartung für Männer und Frauen als versicherungsmathematisches Kriterium für die Berechnung der infolge eines Arbeitsunfalls zu zahlenden gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen der sozialen Sicherheit herangezogen wird.

- [EuGH-Urteil zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen](#)

Weitere Nachrichten

Kinderarmut: Neue Strategien in Belgien und Großbritannien

Belgien und Großbritannien haben im September 2014 neue Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut verabschiedet. Die Strategien basieren auf Investitionen in Dienstleistungen und andere Sozialleistungen für Kinder und sollen dabei helfen, den Kreislauf der Benachteiligung zu durchbrechen. Hintergrund ist die Strategie Europa 2020, die unter anderem zum Ziel hat, die Zahl der Menschen, die in Armut und sozialer Ausgrenzung leben oder davon bedroht sind bis 2020 um 20 Millionen zu verringern.

- [Informationen der Europäischen Plattform für Investitionen in Kinder](#)

Verbände und Gewerkschaften fordern menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte

Am 01. September 2014 ist das Übereinkommen 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ in Kraft getreten. Gewerkschafter/innen, Rechtsexpert/innen und Vertreter/innen aus Verbänden und Institutionen fordern aus diesem Anlass, den Schutz der Rechte von Hausangestellten konsequent umzusetzen.

- [Aufruf „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte!“](#)

Spanien: Verschärfung des Abtreibungsgesetzes gekippt

Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy hat am 23. September 2014 angekündigt, die familienpolitisch umstrittene Verschärfung des Abtreibungsgesetzes nicht weiter zu verfolgen. Die konservative Regierung hatte geplant, einen Schwangerschaftsabbruch nur noch im nachgewiesenen Falle einer Vergewaltigung oder bei ernststen Gefahren für die Gesundheit der Frau zu erlauben. Das Vorhaben stieß auf breiten gesellschaftlichen Widerstand.

Interfraktionelle Gruppe für Kinderrechte im Europäischen Parlament gebildet

Vier Fraktionen des Europaparlamentes (EVP, S&D, GUE–NGL und Grüne) haben sich am 24. September 2014 darauf geeinigt, eine interfraktionelle Gruppe für Kinderrechte zu bilden. Bei einem von der Child Rights Action Group (CRAG) initiierten Runden Tisch diskutierten die Fraktionen mit Kinderrechtsorganisationen darüber, wie sich der Schutz von Kinderrechten im Europäischen Parlament verankern lässt. Zur Gründung der Gruppe betonten die Abgeordneten, es läge in der Verantwortung des Parlaments, die Rechte und Interessen von Kindern bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

- [Informationen auf der Internetpräsenz von Eurochild](#) 

Mehr Frauen in Aufsichtsgremien vertreten

Laut einer Statistik der EU-Kommission vom 24. September 2014 besetzen Frauen 18,6 Prozent der Positionen in Entscheidungsgremien der größten börsennotierten Unternehmen in der EU – das ist eine Zunahme von einem Prozent in den letzten sechs Monaten. Der Rat der EU diskutiert nun einen Vorschlag der Kommission, der vorsieht, dass bis 2020 mindestens 40 Prozent beider Geschlechter unter den nicht geschäftsführenden Mitgliedern der Leitungsorgane vertreten sein sollen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

EU-Kommission veröffentlicht Handbuch gegen Missbrauch des Freizügigkeitsrechts

Die Europäische Kommission hat am 26. September 2014 ein Handbuch veröffentlicht, das die EU-Mitgliedstaaten dabei unterstützen soll, Maßnahmen gegen Scheinehen zwischen EU-Bürger/innen und Nicht-EU-Bürger/innen im Zusammenhang mit dem EU-Recht auf Freizügigkeit zu ergreifen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

Gegenseitige Anerkennung von Kompetenzen in der Pflege

Am 18. September 2014 fand die Abschlusskonferenz 2014 des europäischen Projekts Cometa (Care Operators Mobility through ECVET) statt. Im Fokus standen das gegenseitige Lernen zwischen den Mitgliedstaaten und die Möglichkeiten gemeinsamer Standards in Qualifikation und Ausbildung, um die Mobilität von Pflegekräften zu steigern und die Anerkennung der Qualifikationen zu erleichtern. Cometa verfolgt das Ziel, mit europäischen Lösungen den Herausforderungen des gesellschaftlichen und demografischen Wandels für die Pflege- und Sozialdienste zu begegnen.

- [Internetpräsenz des Cometa](#) 

October Children's Month: Der Kinderkulturmonat 2014 beginnt

Das europäische Netzwerk „October Children's Month“ ist Ende September 2014 mit dem diesjährigen Programm zum Kinderkulturmonat Oktober gestartet. Im Oktober 2014 finden in vier niederländischen Provinzen, in Berlin, in Riga (Lettland) und in San Sebastián (Spanien) zahlreiche Angebote statt.

- [Internetpräsenz des October Children's Month](#) 

EU-Ausschreibung für Rahmenpartnerschaften

Die Generaldirektion Justiz hat dreijährige Rahmenpartnerschaften und Betriebskostenzuschüsse für EU-Netzwerke ausgeschrieben. Die Ausschreibung richtet sich an EU-Netzwerke aus den Bereichen Zusammenarbeit der Justiz in zivil- oder strafrechtlichen Angelegenheiten; Zugang zu Gerichten; Daphne-Programm gegen Gewalt; Kinderrechte; Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und andere Formen der Intoleranz; Antidiskriminierung; Rechte behinderter Menschen sowie Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Antragsfrist endet am 14. November 2014, 12 Uhr (MEZ).

- [Weitere Informationen zur Ausschreibung](#) 

Berichte und Studien

Bericht über die Gesundheit der Roma-Bevölkerung in der EU

Diskriminierung und soziale Ausgrenzung wirken sich auf den Gesundheitszustand von Roma aus. In einem Bericht der EU-Kommission vom 04. September 2014 kommen Expert/innen zu dem Ergebnis, dass Roma in Europa besonders häufig von Krankheiten betroffen sind, die mit sozialen Faktoren wie Armut verbunden sind. Laut dem Bericht sterben Roma im Durchschnitt mindestens zehn Jahre früher als Nicht-Roma, haben einen schlechteren Zugang zu Gesundheitsversorgung und eine höhere Kindersterblichkeit.

- [Bericht zum Gesundheitszustand der Roma-Bevölkerung in der EU](#)  

OECD-Bildungsbericht in Brüssel vorgestellt

Weniger Schüler/innen brechen die Schule ab, die Lehrerschaft wird immer älter und Hochschulbildung und Studiengebühren nehmen zu: Zu diesen Ergebnissen kommt der Bericht „Bildung auf einen Blick“, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 09. September in Brüssel vorgestellt hat. Der neue Generaldirektor für Bildung und Kultur, Xavier Prats Monné, forderte anlässlich des Berichts, dass die Bildung eine starke Rolle in der Strategie Europa 2020 spielen müsse, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

- [Der Bildungsbericht auf der Website der OECD](#) 

Studie zur neuen Gleichstellungsstrategie post 2015 der EU

Der Europaparlamentsausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter hat am 03. September 2014 einen Workshop zur Gleichstellungsstrategie post 2015 der EU abgehalten und dazu eine Hintergrund-Studie herausgegeben. In der Studie rücken Expertinnen die Handlungsfelder Gender Mainstreaming, Frauen im Arbeitsmarkt, Mutterschutz, Elternzeit, unbezahlte Versorgung von Angehörigen und Gewalt gegen Frauen in den Fokus.

- [Hintergrundstudie für die neue Gleichstellungsstrategie post 2015](#)  

Bericht: „Die Wirtschaftsmigration auf die Arbeitsmarktbedürfnisse abstimmen“

Der EU-Kommissar für Soziales Laszlo Andor und EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström haben am 17. September 2014 gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Bericht „Die Wirtschaftsmigration auf die Arbeitsmarktbedürfnisse abstimmen“ vorgestellt. Ihrer Ansicht nach könne die EU ihren Fachkräftemangel und die Alterung der Bevölkerung mit mobileren Arbeitskräften, einer besseren Integration von Migrant/innen aus EU-Staaten und mehr qualifizierten Arbeitnehmer/innen bewältigen.

- [Der Bericht „Matching Economic Migration with Labour Market Needs“](#)  

Evaluierung des Europäischen Jahres 2012 für aktives Altern

Das Europäische Jahr 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (EY) hat dazu beigetragen, ein positiveres Bild vom Altern der Bevölkerung zu zeichnen. Zu dieser Einschätzung gelangen eine externe Evaluierung des EY und ein Bericht der EU-Kommission vom 15. September 2014.

- [Mitteilung der Kommission für Beschäftigung, Soziales und Integration](#)

EAPN hat Handbuch zu Armut und Ungleichheit aktualisiert

Das European Anti-Poverty Network (EAPN) hat am 16. September eine aktualisierte Ausgabe des Handbuchs zu Armut und Ungleichheit in Europa (Explainer on Poverty and Inequality in the EU) herausgegeben. Das Update der gleichnamigen Publikation von 2009 bietet einen allgemeinverständlichen Einstieg in die Armutsdebatten und erläutert Art und Ausmaß von Armut und Ungleichheit und deren Ursachen.

- [Internetpräsenz des EAPN mit Informationen zum Update](#) 

Erschreckendes Ausmaß an Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

UNICEF hat am 04. September 2014 die bislang umfassendste Datensammlung zu Gewalt gegen Kinder veröffentlicht. Demnach sind Kinder und Jugendliche weltweit in hohem Ausmaß körperlichen, sexuellen und seelischen Misshandlungen ausgesetzt. Weiterhin sind in den Bevölkerungen Einstellungen weit verbreitet, die Gewalt rechtfertigen, sie stillschweigend hinnehmen oder als nicht schädlich ansehen.

- [Pressemitteilung von UNICEF zur Datensammlung](#)

UNICEF-Report: Besser Überlebenschancen für Kinder

Seit 1990 haben sich die Überlebenschancen für Kinder weltweit verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt der neue UNICEF-Report „A Promise Renewed“ zu Kindersterblichkeit vom 16. September. Der Bericht zeigt allerdings, dass gerade die Situation Neugeborener weiterhin dramatisch ist. Laut UNICEF sterben schätzungsweise 2,8 Millionen Babys in den ersten vier Wochen nach der Geburt, eine Million am ersten Tag ihres Lebens.

- [Zusammenfassung der Ergebnisse des Reports](#)

Diskriminierung von Frauen in der Filmindustrie

Das Geena Davis Institute on Gender in Media, UN Women und die Rockefeller-Stiftung haben die erste weltweite Studie zu Geschlechterrollen in populären Filmen präsentiert. Laut der Studie sind weniger als ein Drittel aller sprechenden Charaktere in den untersuchten Filmen Frauen. Sie repräsentieren weniger als 15 Prozent der wirtschaftlichen, politischen oder wissenschaftlichen Entscheidungsträger/innen in Filmen.

- [Pressemeldung mit Details der Studie auf der Website von UN-Women](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- Ministerium für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Konsumentenschutz in Österreich: [„Männerpolitik – Beiträge zur Gleichstellung der Geschlechter“](#) (06./07. Oktober 2014, Wien)
- Ausschuss der Regionen: [„Growing together – Smart investment for people“](#) (06. bis 09. Oktober 2014, Brüssel)
- Friedrich-Ebert-Stiftung: [„Fokus Frauenrechte: Welche Konsequenzen ergeben sich aus der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel und der Europaratskonvention von Istanbul?“](#) (08. Oktober 2014, Berlin)
- Friedrich-Ebert-Stiftung: „Geschlechter- und familienpolitische Debatten im Mitte-Links-Spektrum im internationalen Vergleich“ (09. Oktober 2014, Berlin)
- Deutscher Caritasverband e.V.: [„Solidarität und Grenzen – Grenzen der Solidarität? Zugang zu internationalem Schutz in der Europäischen Union“](#) (07./08. Oktober 2014, Berlin)
- European Network of National Human Rights Institutions (ENNHRI), EU-Kommission: [„Conference on human rights of older persons in long-term care“](#) (08. Oktober 2014, Brüssel)
- Europarat, Bildungs- und Kulturministerium Finnland: [„Combating Gender Stereotypes in and through Education“](#) (9./10. Oktober 2014, Helsinki)
- International Step by Step Association (ISSA): [„Creating a society for all - reconsidering early childhood services“](#) (10./12. Oktober 2014, Budapest)

- Aktionsbündnis gegen Frauenhandel, Solidaritätsaktion Renovabis, Hanns-Seidel-Stiftung: [„Stopp dem Frauenhandel! – Brennpunkt Osteuropa“](#) (17. Oktober 2014, München)
- SOLIDAR: [„Final Conference on the NICA \(Negotiating Improvements for Working Carers of Adults\) project“](#) (22./23. Oktober 2014, Brüssel)
- European Anti-Poverty Network Poland: [„Investing in Children“](#) (23./24. Oktober 2014, Łódź)
- European Foundation Initiative on Family Farming: [„The Role of Foundations in Supporting Family/Smallholder Farming“](#) (27. Oktober 2014, Brüssel)
- Public Policy Exchange: [„Supporting Entrepreneurship in Europe – Creating Sustainable Employment and Growth“](#) (28. Oktober 2014, Brüssel)
- Rat der EU, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA): [„Bekämpfung von Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität: Künftige Schritte zur Gestaltung der Politik der EU und der Mitgliedstaaten“](#) (28. Oktober 2014, Brüssel)
- Together Old and Young (TOY): [„Senior Citizens and Young Children Building Age-Friendly Communities“](#) (28. Oktober 2014, Leiden)
- European Children’s Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: [„Children’s rights and the global economic crisis“](#) (03. November 2014, Brüssel)
- Confederation of Family Organisations in the European Union (COFACE): [„A sustainable care system for Europe in the context of reconciling work and family life“](#) (04. November, Rom)
- SOLIDAR, Friedrich-Ebert-Stiftung, Global Coalition for Social Protection Floors: [„Universal Social Protection Advocacy Tour“](#) (04./08. November 2014, Brüssel)
- French National Solidarity Fund for Autonomy (CNSA): [„Congress on family carers“](#) (05./06. November 2014, Paris)
- Agentur der EU für Grundrechte (FRA): [„Grundrechtskonferenz 2014 mit Schwerpunkt Migration“](#) (10./11. November 2014, Rom)
- Internationales Zentrum Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (ICEC): [„Monitoring in der frühkindlichen Bildung – Was sagen \(inter\)nationale Längsschnittstudien über die Wirkung früher Bildung auf die kindliche Entwicklung aus?“](#) (17. November 2014, Berlin)
- Eurochild: [„Better Public Spending for Better Outcomes for Children & Families“](#) (26. bis 28. November 2014, Bukarest)
- Europarat, European and Mediterranean Major Hazards Agreement (EUR-OPA): [„Conference on Including People with Disabilities in Disaster Preparedness and Response“](#) (04./05. Dezember 2014, Brüssel)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).